

Berlin und Paris wehren sich gegen neue Klimaauflagen für Autos

Berlin/Paris, 10.12.2014, 22:00 Uhr

GDN - Deutschland und Frankreich wehren sich gemeinsam gegen neue Klimaauflagen für die Autobranche. Statt für 2025 soll die EU erst für 2030 neue Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß je Kilometer setzen, fordern die deutsche und französische Regierung in einem gemeinsamen Papier, berichtet die F.A.Z. (Donnerstagsausgabe).

Die Entwicklung der Autobranche nach 2021 sei von Unsicherheit geprägt, was die Festlegung neuer Ziele erschwere, argumentieren beide Staaten. Bis 2021 müssen die Autohersteller den CO₂-Ausstoß im Durchschnitt auf 95 Gramm je Kilometer senken. "Wir werden deshalb gemeinsam Kernpunkte für eine Neuregelung der CO₂-Auflagen für Autos erarbeiten, die von 2030 an greifen soll", heißt es laut F.A.Z. in dem deutsch-französischen Papier. Diese Kernpunkte wollen beide dann mit den europäischen Partnern diskutieren. Deutschland und Frankreich gehen damit auf Konfrontationskurs mit dem Europaparlament. Die Staaten hatten erst vor knapp einem Jahr nach langem Streit über die Klimavorgaben für Autos mit dem EU-Parlament vereinbart, dass die Kommission einen Vorschlag für realistische und erreichbare Reduktionsziele für 2025 ernsthaft prüfen soll. Das Parlament setzt sich dafür ein, die Obergrenze für die durchschnittlichen CO₂-Emissionen für die Autobranche 2025 auf 68 bis 78 Gramm je Kilometer zu senken. Das würde etwa einem Verbrauch von drei Litern Benzin auf 100 Kilometern entsprechen, während die 95-Gramm-Schwelle einem Verbrauch von vier Litern entspricht. Momentan liegt der CO₂-Ausstoß bei 127 Gramm je Kilometer, also schon unter dem Grenzwert von 130 Gramm, der von 2015 an für die europäische Neuwagenflotte gilt. Ein Grund für das Abrücken Deutschlands und Frankreichs von der Vereinbarung mit dem Parlament ist offenbar die geplante Einführung neuer Testmethoden für die Messung des CO₂-Ausstoßes. Nach Ansicht von Europaabgeordneten nutzen die Hersteller die Schlupflöcher in den bisherigen Verfahren aus, um die Verbrauchswerte und den CO₂-Ausstoß von Fahrzeugen niedriger erscheinen zu lassen als unter realen Fahrbedingungen, berichtet die Zeitung. Die neuen Testverfahren sollen von 2017 an vorgeschrieben sein. Die Autobranche dringt auf eine spätere Einführung, etwa 2020. Sie argumentiert, dass sie die zusätzliche Bürde, durch die strengere Messung der CO₂-Emissionen, sonst überfordern würde. Der Straßenverkehr verursacht nach Angaben der EU-Kommission 20 Prozent der CO₂-Emissionen in der EU.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-46145/berlin-und-paris-wehren-sich-gegen-neue-klimaauflagen-fuer-autos.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619